Meine Position: Nicht nur die Flammen sehen, auch die Gründe

Hunderttausende haben in Frankreich friedlich demonstriert. Warum sie auf die Straße gehen, geht in den Bildern von Brandstiftung und Plünderung unter. Das darf uns den Blick auf die Gründe nicht verstellen.

Zuerst veröffentlicht am 25.10.2026

Warum ich diesen Text schreibe

Die Bilder aus Frankreich sind hart. Ein brennendes Rathaus, geplünderte Geschäfte, vermummte Gruppen. Als langjähriger Bürgermeister trifft mich der Anblick von Limoges besonders.

Trotzdem halte ich nichts davon, eine ganze Bewegung nach diesen Bildern zu beurteilen. Und ich halte nichts davon, Demonstrationen bei uns schon vorab am Bild von Limoges zu messen.

1. Was am 17. Oktober passiert ist

Nach Angaben der Regierung gingen rund 550.000 Menschen auf die Straße, die Organisatoren sprechen von 800.000. In Paris waren es 110.000. Aufgerufen hatte ein Bündnis aus ehemaligen Gelbwesten, Schülern, Studenten, Gewerkschaften, Landwirten und Klimaaktivisten. Die meisten Märsche verliefen friedlich.

Dazu kam Gewalt. In Limoges brannte das Rathaus aus dem 19. Jahrhundert weitgehend nieder. In Marseille und Lille wurden Rathäuser aufgebrochen, in Lyon brannte die Touristeninformation. Nach Angaben des Innenministeriums gab es mehr als 2.300 Festnahmen und 997 verletzte Einsatzkräfte, sieben davon schwer. Innenminister Nuñez räumte einen Kontrollverlust in einigen Großstädten ein. Das ist ernst, und die Täter gehören vor Gericht. Es erklärt aber nicht, warum so viele Menschen auf der Straße waren.

Quellen zu Ziffer 1
ZDFheute, "Innenminister räumt Kontrollverlust der Polizei ein" (zdfheute.de). Berliner Zeitung, "1200 Festnahmen, ein Rathaus brennt nieder" (berliner-zeitung.de/article/10505859). Euronews, "Historisches Rathaus von Limoges, Turm stürzt ein" (de.euronews.com). IANS vom 18.10.2026 zu den Aussagen von Innenminister Nuñez (morungexpress.com).

2. Worum es den Menschen geht

Es fing mit Schülern an. Am 17. September blockierten Schüler das Lycée Saint-Exupéry in Créteil bei Paris, weil Lehrkräfte fehlten. Daraus wurde in einem Monat eine landesweite Bewegung.

Die Beschwerden sind konkret. Nach Angaben des französischen Rechnungshofs fielen an öffentlichen Collèges im Schuljahr 2023/24 neun Prozent des Unterrichts aus. Eine Untersuchung zum Schuljahr 2024/25 kam zu dem Ergebnis, dass nur rund zwölf Prozent der kurzfristig ausgefallenen Stunden vertreten wurden. Schüler zeigten Videos von undichten

Dächern, kaputten Heizungen und Räumen, in denen sich bei 40 Grad die Fenster nicht öffnen ließen.

Dazu kommen die Preise. Nach Berechnungen von Le Monde stiegen die Verbraucherpreise seit 2017 um 23,4 Prozent, der Medianlohn nur um 22,8 Prozent. Im September legten die Energiepreise nach Angaben des Statistikamts INSEE um 21,3 Prozent zu. Die Armutsquote erreichte 2024 mit 15,4 Prozent den höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnung 1996.

Und es kommt ein Sparhaushalt hinzu. Der Entwurf für 2027 sieht ein Konsolidierungspaket von rund 54 Milliarden Euro vor, darunter 5,5 Milliarden bei den Renten. Der Indexpunkt der Staatsbediensteten soll zum vierten Mal in Folge eingefroren werden. Seit 2017 ist er um 5,7 Prozent gestiegen, die Preise um knapp 23 Prozent.

Das ist meine Bewertung. Wer jungen Menschen marode Schulen zumutet und Familien, Rentnern und Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Kaufkraft kürzt, darf sich über Wut nicht wundern. Das ist kein Randthema. Es ist der Kern dieser Proteste.

Quellen zu Ziffer 2
DW, "Frankreichs Schulkrise, viel Geld, wenig Vertrauen" (dw.com). DW, "Sparen trotz Protest, Frankreichs schwieriger Balanceakt" (dw.com). Le Monde Décodeurs vom 20.10.2026, "How much is the cost of living in France rising" (lemonde.fr). INSEE zur Inflation im September 2026 (insee.fr). Business Insider, "France cost of living protests" (businessinsider.com). Al Jazeera vom 18.10.2026 (aljazeera.com).

3. Was der Staat antwortet

Macron unterschied in seiner Ansprache am 18. Oktober zwischen Plünderern und Demonstrierenden mit legitimen Forderungen. Das ist richtig. Die Regierung hat 3.000 zusätzliche Vertretungslehrer angekündigt. Die Hitzetauglichkeit der Schulen ist bisher nur ein Prüfauftrag des Premierministers, kein beschlossener Sanierungsplan.

Gleichzeitig bleibt der Haushalt auf Sparkurs. Dazu kamen nächtliche Ausgangssperren in Teilen von Paris, Lyon, Bordeaux, Nizza und Marseille sowie Versammlungsverbote. Wer Ordnung herstellen muss, braucht solche Mittel manchmal. Aber Ausgangssperren lösen kein Schulproblem und senken keinen Dieselpreis.

Quellen zu Ziffer 3
Élysée, Ansprache an die Franzosen vom 18.10.2026 (elysee.fr). DW, "Sparen trotz Protest" (dw.com). DW, "Partial curfews imposed in Paris, Nice after unrest" (dw.com/en). Spectrum News vom 19.10.2026, "France riots, prime minister calls for curfews" (spectrumlocalnews.com).

4. Eine Stimme aus der Debatte

Die renommierte Professorin Ulrike Guérot, Expertin für Europapolitik, Demokratieforschung und die deutsch-französischen Beziehungen, hat sich in einem Podcast vom 22. Oktober 2026 zu den Protesten geäußert. Sie fordert darin eine differenzierte Debatte. Ich gebe ihre Aussagen sinngemäß wieder.

Soziale Ursachen. Guérot deutet die Proteste vor allem als Ausdruck sozialer Benachteiligung und fehlender Bildungschancen. Bei den Schülern nennt sie fehlende Lehrkräfte, schlechte Gebäude und unzureichende Ausstattung. Das ist dokumentiert. Auch die Daten zu den benachteiligten Stadtvierteln stützen diesen Punkt. Nach dem Statistikamt INSEE waren dort 47 Prozent der 15 bis 64 Jährigen erwerbstätig, im übrigen städtischen Umfeld 66 Prozent (Volkszählung 2020). Sie verweist auf den von ihr mit Elisabeth Donat herausgegebenen Band "Was ist los mit Frankreich" von 2017. Die Benachteiligung der

Vorstädte und ärmerer Regionen wie Lothringen werde politisch gegeneinander ausgespielt.

Geschichte und eigene Erinnerungen. Sie erinnert an den großen Streik von 1995, der von breiter Solidarität getragen wurde, und an die Vorortunruhen von 2005 samt Nicolas Sarkozys abwertendem Wort "racaille" für die Jugendlichen. Aus eigener Erinnerung schildert sie einen Besuch in einem Pariser Vorort im Jahr 2013 im Rahmen einer Delegationsreise mit Bundespräsident Gauck. Jugendliche hätten von fehlenden Chancen, einer abendlichen Sperrstunde und fehlendem Geld für Fahrten ins Zentrum erzählt. Sie empfiehlt den Film "Les Misérables" von Ladj Ly aus dem Jahr 2019. Er zeige den Gegensatz zwischen dem Nationalstolz beim Fußball und späteren Erfahrungen von Ausgrenzung und Polizeigewalt.

Gewalt und Debatte. Plünderungen und Brandstiftungen verurteilt Guérot ausdrücklich und schreibt sie zeitweise extremisierten linken Gruppen zu. Sie kritisiert, dass friedlicher Protest, Plünderungen, Einwanderung und der Nahostkonflikt in der Debatte vermischt werden. Als Beispiel nennt sie ein Internetmotiv, das Plünderungen bei Louis Vuitton mit der Forderung nach einem freien Palästina verbindet. Sie hält das für zynisch und für eine pauschale Abwertung der Protestierenden. Auch Polizeigewalt und den Vorwurf des "Islamo gauchisme" kritisiert sie. Viele der jungen Menschen seien französische Staatsbürger. Die Konflikte hätten deshalb nichts mit Migration zu tun. Das geht mir zu weit, denn Staatsangehörigkeit und Herkunft der Familie sind verschiedene Dinge. Den Kern ihrer Kritik halte ich trotzdem für richtig. Friedlicher Protest und Straftaten sind zwei verschiedene Dinge.

Ungleichheit. Sie verweist auf Joseph Stiglitz und sein Buch "The Price of Inequality" von 2012, das beschreibt, wie wirtschaftliche Ungleichheit Wirtschaft und Demokratie gefährdet. Und auf ein Interview mit Daniel Cohn Bendit im Deutschlandfunk. Die Proteste von 1968 seien gesellschaftlich anders gelagert gewesen. Heute wachse die Ungerechtigkeitslücke.

Medien und Politik. Guérot sieht Medienmacht, wirtschaftliche Interessen und einen möglichen Wahlsieg von Marine Le Pen miteinander verbunden und nennt den Unternehmer Vincent Bolloré als zentralen Akteur der französischen Medienlandschaft. In einem Duell zwischen Le Pen und Mélenchon rechnet sie mit einem Sieg Le Pens. Als Alternative der Mitte sieht sie Édouard Philippe.

Provokateure. Zwei Bekannte aus Nizza hätten ihr berichtet. Eine habe schwarz gekleidete, vermummte Männer mit Steinen aus einem Polizeifahrzeug aussteigen sehen. Eine andere habe beobachtet, wie ein mutmaßlicher Randalierer von Polizisten zu einem Fahrzeug begleitet wurde. Außerdem beruft sie sich auf Mediapart. Der Bericht vom 19. Oktober stützt sich auf einen Kommissar des territorialen Nachrichtendienstes. Danach habe es die Weisung gegeben, La France insoumise als treibende Kraft hinter der Bewegung darzustellen, obwohl das aus Sicht seiner Kollegen falsch sei. Innenministerium und Regierung bestreiten das. Guérot fragt, wem es nützt, Mélenchon zu schaden und Marine Le Pen zu stärken.

Meine Einschätzung dazu. Ich vermute, dass es Provokateure gibt, die die Gewalt anheizen, und dass am Ende die Rechten in Frankreich davon profitieren. Beobachter beschreiben schon jetzt, dass der Rassemblement National von der Gewalt profitiert, weil sich Marine Le Pen als Kraft für Ordnung darstellen kann. Ich fordere, dass geklärt wird, wer hinter der Gewalt steht.

Quellen zu Ziffer 4

Podcast von Ulrike Guérot vom 22.10.2026 (Länge 29 Minuten 37 Sekunden). INSEE, "Portrait des nouveaux quartiers prioritaires" vom 28.08.2024 (insee.fr/fr/statistiques/8236231). Mediapart vom 19.10.2026 (mediapart.fr). LCP vom 20.10.2026 zum Dementi des Innenministeriums (lcp.fr). Deutschlandfunk vom 02.10.2026 zu den Forderungen der

Schülerorganisationen (deutschlandfunk.de). Deutschlandfunk, Interview mit Daniel Cohn Bendit vom 20.10.2026 (deutschlandfunk.de). Festival de Cannes, "Les Misérables" (festival-cannes.com). Vie publique, "70 Jahre Politik der Stadt" (vie-publique.fr). Guérot und Donat, "Was ist los mit Frankreich", Dietz 2017. Stiglitz, "The Price of Inequality", 2012. ZDFheute, "Randale in Frankreich, Lehre aus der Gelbwestenbewegung" (zdfheute.de).

5. Was bei uns ankommt

Bei uns wird offensichtlich vor allem die Gewalt wahrgenommen. Brennende Rathäuser, Plünderungen und Festnahmen bestimmen die Schlagzeilen und die Bilder. Die friedlichen Proteste von Hunderttausenden gehen dabei unter. Einzelne Medien nennen sie durchaus, die Berliner Zeitung schreibt etwa, dass Hunderttausende zunächst friedlich demonstriert haben. Aber das kommt nicht an. Wer nur die Bilder sieht, hält die ganze Bewegung für gewalttätig.

Guérot kritisiert die Berichterstattung ebenfalls. Auch in Frankreich wirft Jean-Luc Mélenchon den Medien eine einseitige Fokussierung auf die Gewalt vor. Marine Le Pen wirft der extremen Linken vor, die Proteste gekapert zu haben. Die Regierung spricht von ultralinken Gruppen und einem politischen Manöver. Das sind politische Deutungen, und jede Seite hat ein Interesse daran.

Eine Minderheit hat Gewalt verübt. Die große Mehrheit hat es nicht. Wer die Minderheit zum Gesicht der Bewegung macht, liegt falsch. Wer die Gewalt kleinredet, auch.

Quellen zu Ziffer 5
Berliner Zeitung (berliner-zeitung.de/article/10505859). Salzburg24, "Proteste in Frankreich eskalieren" (zu Mélenchon und Le Pen). Spectrum News vom 19.10.2026 (zu den Aussagen von Nuñez). Agentur EFE vom 17.10.2026 (zu den Aussagen von Lecornu, vanguardia.com). Deutschlandfunk vom 20.10.2026, Interview mit Daniel Cohn Bendit (deutschlandfunk.de).

6. Was das für die Proteste bei uns heißt

Am 31. Oktober ruft die Initiative "Gen Z steht auf" in 21 deutschen Städten zu Protesten auf. Es geht um Bildung, Gesundheit und ein bezahlbares Leben, gegen die Wehrpflicht und gegen einen Sparkurs. Der Organisator hat sich klar von Gewalt distanziert.

Die Sicherheitsbehörden bereiten sich auf einen großen Einsatz vor. Die Berliner Polizei verweist darauf, dass am Rand eines Schulprotests in Friedrichshain rund 50 Personen auffielen, die nicht zur Schule gehören. Hessens Innenminister Poseck warnt vor Instrumentalisierung aus dem linken Spektrum und kündigt an, keine Gewalt zu dulden. Der Verband Bildung und Erziehung mahnt, die Sorgen der Jugendlichen ernst zu nehmen.

Meine Einordnung. Vorbereitung ist die Aufgabe der Polizei. Problematisch wird es, wenn aus Vorsorge eine Vorverurteilung wird. Frankreich ist keine Blaupause für Deutschland. Dort treffen ein Sparhaushalt und eine Präsidentschaftswahl in einem halben Jahr aufeinander. Bei uns demonstrieren Schüler für bessere Bildung. Wer das nur durch die Brille von Limoges sieht, nimmt den jungen Menschen schon vorher die Stimme.

Quellen zu Ziffer 6
dpa, "Berliner Polizei bereitet sich auf Protesttag vor" vom 20.10.2026 (volksstimme.de). dpa, "Behörden bereiten sich auf Protesttag vor" (news.de). "Nach Frankreich Protesten ruft Gen Z Initiative zu bundesweitem Protest auf" (leinetal24.de). Stuttgarter Zeitung, "Gen Z Proteste, Polizei warnt vor linksextremer Einflussnahme". News4teachers, "Bundesweiter Schülerprotest zu Halloween".

Meine Haltung:

Im Vordergrund müssen die Botschaften und Ziele der Protestierenden stehen. Sie wollen bessere Schulen, bezahlbare Preise und keine Kürzungen bei öffentlichen Diensten. Über diese Forderungen muss gesprochen werden, in Frankreich genauso wie bei uns. Gewalt gegen Menschen und Gebäude lässt sich nicht rechtfertigen, auch nicht bei einem berechtigten Anliegen. Sie darf aber die Botschaft nicht überdecken.

Schlussfolgerung

Frankreich zeigt, was passiert, wenn sich Sorgen über Schulen, Preise und Kürzungen aufstauen. Die Gewalt einer Minderheit ist ein Problem, das gelöst werden muss. Die Gründe der Mehrheit sind das größere. Guérot warnt vor Schadenfreude in Deutschland, weil eine schwere Krise in Frankreich uns wegen der engen Verflechtung mitbetreffen würde. Das ist ein politisches Argument und keine Prognose, aber ein berechtigtes. Wer nur auf die Flammen schaut, versteht weder Frankreich noch die jungen Leute, die auch bei uns für bessere Bildung und ein bezahlbares Leben auf die Straße gehen.

Meine Forderung

Ich fordere, dass die Zahl der friedlich Demonstrierenden und ihre Gründe in der Berichterstattung den gleichen Raum bekommen wie die Bilder der Gewalt.

Ich fordere, dass Demonstrationen bei uns nicht vorab an den Bildern aus Frankreich gemessen werden, sondern an dem, was die Veranstalter ankündigen und was tatsächlich geschieht. Die Polizei soll Störer konsequent von Demonstrierenden trennen und nicht alle über einen Kamm scheren.

Ich fordere, dass die Politik in Deutschland Bildung, bezahlbares Leben und Gesundheit nicht als Randthemen behandelt, und dass Sparpolitik bei Schulen und öffentlichem Dienst endet, bevor sie die Menschen auf die Straße treibt.

Sprendlingen, 25. Oktober 2026

Manfred Scherer

© 2026 www.manfred-scherer.de
Rubrik Standpunkte